

jetzt fast 220.000 Mobiltelefon-Benutzer (2002 sind 22.800 Kunden hinzugekommen). Im letzten Jahr investierte die Gesellschaft über 15 Mio. MPtc (1,88 Mio. US\$) in die Erneuerung des Mobiltelekommunikationsnetzes. Internet-Benutzer bei CTM zählten 2002 über 47.000, ein Plus von 20% gegenüber 2001. Dagegen gab es bei den Festtelefonen weiterhin Verluste. (XNA, 20.2.03) -ljk-

Taiwan

35 Taiwan und der Irak-Konflikt: Adrenalin für die Wirtschaft?

Der drohende Irak-Konflikt beschäftigte im Februar auch die taiwanische Regierung und Öffentlichkeit. Erwartungsgemäß unterstützt die Regierung die US-Position im Konflikt. Nach offizieller taiwanischer Lesart handelt es sich dabei um den „Kampf gegen den weltweiten Terrorismus unter Führung der USA“. Teile der Öffentlichkeit sehen dies anders. Mitte Februar fanden sich 30 Organisationen erstmals zu einer Antikriegsdemonstration in Taipei zusammen. Sie forderten eine friedliche Lösung des Konflikts und verlangten von der Regierung, die US-Pläne nicht zu unterstützen. (CNAT, nach BBC PF, 6.2., 13.2., 15.2.03)

Die Regierung wappnet sich derweil gegen mögliche Versorgungsengpässe und hat eine spezielle Arbeitsgruppe eingesetzt, die gegen die Auswirkungen eines Kriegs Vorsorge treffen soll. Im Brennpunkt des Interesses steht dabei das Öl. 70% seines Rohölbedarfs deckt Taiwan im Nahen Osten, 10 bis 20% kommen aus dem Irak. Taiwans Ölfirmen halten gewöhnlich einen Vorrat für 60 Tage; die Regierung ordnete jetzt an, die Reserven auf 120 Tage aufzustocken. Die Vorräte bei Reis, Weizen und Sojabohnen wurden auf den Bedarf von 90 Tagen erhöht. Die Regierung ist bereit, wenn nötig, an der Börse zu intervenieren; hierfür steht mit dem Nationalen Stabilisierungsfonds das nötige Instrument bereit. Banken wurden aufgefordert, erhöhten Darlehens-

bedarf wegen kurzfristig höherer Versicherungsprämien – z.B. bei Transportfirmen – zu befriedigen.

Ansonsten scheint Optimismus zu überwiegen. Die Unternehmen erwarten nur einen kurzen militärischen Konflikt und daher nur zeitlich begrenzte Nachteile. Vor allem im Hinblick auf den nachfolgenden Wiederaufbau rechnet man sich in Taiwan demgegenüber „zahlreiche Geschäftschancen“ aus. Taiwans Rat für Außenhandelsentwicklung (China External Trade Development Council, CETRA) kündigte an, taiwanische Firmen per Internet darüber auf dem Laufenden zu halten. Der Optimismus stützt sich auch auf Erfahrungen, die nach den Terrorattacken vom 11. September 2001 gemacht wurden: Damals sprang in den USA die Nachfrage nach Gasmasken, Schutzausrüstung, Sportgerät, Sportkleidung und Grillparty-ausrüstung in die Höhe – großenteils Waren „made in Taiwan“.

Wirtschaftsminister Lin Hsin-yi (Lin Xinyi) teilt die Zuversicht und setzt dabei unter anderem auf einen inflatorischen Effekt im Bereich von 2 Prozentpunkten. Damit, so Lin, würde die Gefahr einer deflatorischen Abwärtsspirale gebannt.

Zudem kann die Regierung einem eventuellen Krieg auch noch einen positiven politischen Aspekt abgewinnen: Wie schon in Afghanistan würde Taiwan Flüchtlingshilfe leisten und damit international wieder als Staat wahrgenommen. Sorgen, dass die VR China das US-Engagement im Irak zu antitaiwanischen Aktionen nutzen könnte, äußerte die Regierung nicht.

Auf dem Aktienmarkt schlugen sich die frohen Erwartungen im Februar nicht nieder – im Gegenteil. War das Börsenbarometer Taixex im Januar noch von 4.500 auf 5.000 Punkte gestiegen, fiel es bis Ende Februar auf 4.430 Punkte zurück. (CNAT, nach BBC PF, 6.2., 9.2., 12.2.03; CNAT, nach BBC EF, 6.2.03; TH, 6.2., 7.2.03) -hws-

36 Präsident des Prüfungs-Yuan ruft zu dessen Abschaffung auf

Ausgerechnet der Kopf der „vierten Gewalt“ im Lande schlug im Februar

die allmähliche Auflösung der Behörde vor, der er vorsteht. Es handelt sich um den so genannten Prüfungs-Yuan, der gemäß einer von Sun Yat-sen formulierten Fünf-Gewalten-Lehre neben Exekutiv-Yuan, Legislativ-Yuan, Judikativ-Yuan und Kontroll-Yuan tritt und den Zugang zu Staatsämtern regelt, mithin die oberste staatliche Personalbehörde darstellt. Sowohl Prüfungs- als auch Kontroll-Yuan gehen auf Institutionen der Kaiserzeit zurück. Die Berechtigung ihrer systematischen Gleichstellung mit den in demokratischen Staaten ansonsten üblichen drei Gewalten wird seit längerem diskutiert, und zwar weniger aus verfassungssystematischen, als vielmehr aus Kostengründen. Prüfungs-Yuan-Präsident Yao Chia-wen gab denn auch an, er folge mit seiner Initiative dem Ruf nach einer schlankeren Verwaltung.

Yao kündigte an, seine Behörde werde einen Restrukturierungsplan entwickeln, der sowohl eine Verkleinerung wie eine Herabstufung der Behörde vorsehen soll, die dann, so Yao, der Exekutive unterstellt werden könne. Ihre Unabhängigkeit der Personalverwaltung müsse allerdings erhalten bleiben.

Ein Sprecher der oppositionellen Kuomintang begrüßte die Initiative. Auch Premierminister Yu Shyi-kun (You Xikun) äußerte sich zustimmend, verwies aber gleichzeitig darauf, dass die verfassungsgemäße Zuständigkeit für eine Herabstufung des Prüfungs-Yuans zu der Personalbehörde, die sie faktisch ist, nicht beim Prüfungs-Yuan selbst, sondern beim Parlament, dem Legislativ-Yuan, liege. Immerhin könnte die Reform des Prüfungs-Yuans einer der weniger kontroversen Punkte bei der ins Stocken geratenen Revision der Verfassung sein. Das taiwanische Regierungssystem würde sich damit westlichen Demokratiemodellen einen Schritt weiter anpassen. (CNAT, nach BBC PF, 7.2.03) -hws-

37 KMT und PFP schließen Bündnis für Präsidentenwahl 2004

Mitte Februar kamen die Führer der beiden größten Oppositionsparteien – Lien Chan (Lian Zhan) für die Nationale Volkspartei Kuomintang (KMT)

und James Soong (Song Chuyu) für die People First Party (PFP) – überein, bei den für 2004 anstehenden Präsidentenwahlen nicht gegeneinander anzutreten, sondern gemeinsam zu kandidieren. Nachdem beide Lager schon seit längerem kooperierten und ein Bündnis für die nächste Präsidentenwahl schon im Januar angekündigt hatten, besteht der nun erzielte Fortschritt darin, dass Soong es Lien Chan (bzw. der KMT) überlässt, den gemeinsamen Kandidaten zu bestimmen. Demnach ist das „blaue Lager“ entschlossen, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung Präsident Chen Shui-bian aus seinem Amt wieder zu vertreiben.

Die rechnerischen Chancen für die Blauen, dieses Ziel zu erreichen sind günstig. Das „grüne“ Lager, dem außer der Regierungspartei DPP nur noch die kleine Union für Taiwan-Solidarität (TSU) angehört, ist, wie sich in allen Wahlen der letzten Jahre gezeigt hat, deutlich schwächer und stützt sich auch im Parlament nur auf eine Minderheit der Abgeordneten. Die tatsächlichen Chancen sind weit schwieriger zu prognostizieren. Fest steht, dass noch einige weitere Hürden zu nehmen sind, ehe es tatsächlich zu einer gemeinsamen Kandidatur der „Blauen“ kommt. So erlaubt die derzeitige Gesetzeslage nicht gemeinsame Kandidaten verschiedener Parteien. Auch steht noch die Ausarbeitung einer gemeinsamen Wahlplattform an. Am Ende wird aber vor allem entscheidend sein, wer gegen Chen Shui-bian antritt. Lien Chan schnitt bei den letzten Präsidentschaftswahlen äußerst schlecht ab. Soong dürfte als Zweiter im Bunde feststehen, aber seit seinem guten Abschneiden als Beinahesieger im März 2001 hat sein Ansehen stark gelitten. Gegen ihn erhobene Korruptionsvorwürfe stehen nach wie vor im Raum, und seine Partei landete bei den letzten Wahlen deutlich abgeschlagen hinter der KMT. Die DPP zeigte sich vom Wahlbündnis der „Blauen“ denn auch nicht beunruhigt. Frank Hsieh (Xie Changting) als einer der namhaften Wortführer im DPP-Lager erklärte, das Oppositionsbündnis bedeute für die DPP nur zusätzlichen Ansporn.

Immerhin macht das Bündnis für den Wähler die Alternativen klarer. Sowohl die KMT als auch die von

ihr abgespaltene PFP befürworten eine stärkere Festlandsorientierung Taiwans und wären für Beijing die genehmere Regierung auf der Insel. Beide Parteien sind jedoch auch durch den politischen Filz der Vergangenheit belastet, und sowohl Lien Chan als auch James Soong sind Repräsentanten dieser Vergangenheit. (CNAT, nach BBC PF, 3.2., 12.2., 14.2.03; TT, 16.2.03; FT, 17.2.03) -hws-

38 Politischer Einfluss auf Funk und Fernsehen wird zurückgedrängt

Hörfunk- und Fernsehsender sollen nach dem Willen der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) nicht mehr von Politikern, vom Militär oder von Parteien kontrolliert oder beeinflusst werden. Das ist der Inhalt einer Resolution, die das Zentralkomitee der DPP am 11. Februar verabschiedete. Die DPP unterstützt damit eine Ergänzung zum Mediengesetz, die in dieselbe Richtung zielt und sich bereits im Gesetzgebungsverfahren befindet. Betroffen sind sowohl Einflüsse, die sich auf Kapitalanteile stützen, wie auch solche persönlicher Natur, die in der Wahrnehmung von Leitungsfunktionen in Sendeanstalten durch hochrangige Politiker resultieren. Gleichzeitig verlangt die Resolution zu verhindern, dass VR-chinesisches Kapital in taiwanische Medienunternehmen fließt.

Die Resolution bestärkt einen wenig umstrittenen allgemeinen Trend und fand daher Zustimmung auch bei den anderen Parteien. Alle mit Ausnahme der alten Staatspartei KMT haben wenig Einfluss in den Medien, können durch ein neues, den politischen Einfluss begrenzendes Mediengesetz, wie es die DPP anstrebt, im Grunde also nur gewinnen. Die KMT ihrerseits, die einst die gesamte Medienlandschaft kontrollierte, hat darin zwar bis heute eine beherrschende Stellung inne, kann die in der Öffentlichkeit bestehende allgemeine Erwartung nach Reduktion ihres Medieneinflusses jedoch nicht ignorieren. Allerdings sind auch Mitglieder der DPP betroffen. So ist ein DPP-Parlamentarier gleichzeitig Vorsitzender einer Kabelfernsehanstalt.

Die DPP-Initiative zeitigte überraschend schnell Erfolge. So gab Parlamentspräsident Wang Jin-pyng (Wang Jinping, KMT) bekannt, auf seinen Posten bei einer Tageszeitung zu verzichten. Ihm folgte der KMT-Vizevorsitzende Wu Poh-hsiung (Wo Boxiong), der am 12. Februar seine Mitgliedschaft im Leitungsgremium der China Television Company aufgab. Störrisch gab sich der DPP-Abgeordnete Trong Chai, gleichzeitig Vorsitzender des terrestrischen Fernsehsenders Formosa TV: Er forderte die Regierung auf, erst einmal ihre eigenen Anteile an zwei Fernsehsendern zu verkaufen und behielt sowohl seinen Posten wie sein Parlamentsmandat zunächst bei.

Im Zuge der Medienreform strebt die Regierung außerdem an, einen der zwei regierungsnahen Fernsehsender in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umzuwandeln, während der zweite vollständig privatisiert werden soll. Derzeit hält die Regierung an den Sendern Anteile von rund 25 bzw. 36%. Für eine Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt müsste die Regierung einen der zwei Sender erst ganz aufkaufen; dies bedürfte der Zustimmung des Gesetzgebers. Detaillierte Pläne sollen bis zum Juni erarbeitet werden. Auch viele Einzelheiten der Medienreform sind noch in der Diskussion. Dies betrifft auch die Frage, ob und wenn ja, wie viele Anteile ausländische Firmen an taiwanischen Fernsehsendern erwerben dürfen. Befürchtungen, China könne Einfluss auf die taiwanische Öffentlichkeit ausüben, indem es Fernsehsender aufkauft, werden voraussichtlich dazu führen, dass Ausländern der Erwerb von Anteilen an terrestrischen TV-Stationen in Taiwan generell untersagt wird. (*Taiwan Journal*, 21.2.03, S.1; CNAT, nach BBC PF, 10.2., 11.2., 12.2.03; TT, 20.3.02) -hws-